

Mieten einfrieren! Bezahlbare Wohnungen sichern!

Gut für die Menschen – gut für die Stadt!

Alle zwei Jahre erhöhen die städtischen Wohnbaugesellschaften GWW und GeWeGe die Mieten. Ihre »Anpassung« richten sie am jeweils aktuellen Mietpreisspiegel für Wiesbaden aus – der aber steigt und steigt und steigt.

Dieses Vorgehen steht in krassem Gegensatz zu den in ihren Gesellschaftsverträgen festgehaltenen Zielen. Dort ist von einer »sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung« die Rede. Es ist höchste Zeit, dass mit diesen Versprechungen Ernst gemacht wird.

Die städtischen Wohnbaugesellschaften verfügen in Wiesbaden mit über 13.000 Wohnungen über einen riesigen Bestand an Mietobjekten und damit über eine entsprechend große Marktmacht. Mit ihren Mieterhöhungen tragen sie ganz wesentlich dazu bei, dass der Mietpreisspiegel immer weiter in die Höhe klettert. Würden sie ihre Mieten stabil halten, dann würde das die unerträgliche Kostenexplosion spürbar dämpfen.

Die fortlaufenden Mietpreiserhöhungen bringen viele Mieterinnen und Mieter in finanzielle Nöte. Ein immer größerer Anteil ihres Einkommens wird von den Wohnungskosten aufgefressen, d.h. für andere notwendigen Ausgaben wird das Geld immer knapper. Wer wenig verdient, weiß kaum noch wie er über die Runden kommen soll. Selbst Menschen mit mittleren Einkommen finden nur schwer eine angemessene Bleibe in der Stadt.

Auch die Attraktivität unserer Stadt steht auf dem Spiel. Dreht sich die Mietpreisspirale weiter, so wird es immer schwieriger z.B. Pflegepersonal einzuwerben; Busfahrer, Polizisten, städtische Angestellte etc. sind gezwungen ins preiswertere Umland auszuweichen, der soziale Zusammenhalt in den Quartieren gerät in Not, der Verkehrskollaps rückt näher...

Diese Schäden im Nachhinein auch nur notdürftig wieder auszubügeln kostet die Stadt sehr viel mehr Geld als

den städtischen Wohnungsbaugesellschaften durch Mieterhöhungen in die Kassen gespült wird. Die Behauptung, ihnen bleibe kein anderer Weg, um auch in Zukunft die Sanierung und den Bau von Mietwohnungen finanzieren zu können, ist unzutreffend. Seit Jahren nutzen sie ständig auch andere Wege – so bauen sie beispielsweise verstärkt Eigentumswohnungen und investieren einen Teil des hierbei erzielten üppigen Verkaufserlöses in die Entwicklung ihrer Mietobjekte.

Der Teufelskreis der wild wuchernden Mietergier kann und muss unterbrochen werden!

Wir erwarten von den städtischen Entscheidungsgremien, dass sie endlich ein klares Zeichen für ein Einfrieren der Mieten bei den städtischen Wohnbaugesellschaften setzen. Entsprechende Vorgaben müssen für mehrere Jahre gelten.

In Frankfurt ist genau dies längst Wirklichkeit. Dort wurde die städtische Wohnbaugesellschaft ABG zu einem fünfjährigen »Einfrieren« ihrer Mieten verpflichtet (Erhöhungen dürfen ein Prozent pro Jahr nicht übersteigen). Diese Mietpreisbremse soll nach Vorstellung vieler Frankfurter Politiker auf zehn (!) Jahre ausgedehnt werden. Frankfurt steht finanziell nicht besser da als Wiesbaden und hat mit ganz ähnlichen Problemen zu kämpfen. Was in Frankfurt gelingt, kann und muss auch in Wiesbaden möglich sein!

Wir fordern: Einfrieren der Mieten bei städtischen Wohnbaugesellschaften für zehn Jahre! Mietpreiserhöhungen dürfen in diesem Zeitraum ein Prozent pro Jahr nicht überschreiten!

Und das kann nur der Anfang sein. – Letztlich kann bezahlbarer Wohnraum nur eines bedeuten: Die Warmmiete einschließlich aller Nebenkosten darf 30 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens nicht übersteigen!

Es gibt viel zu tun. Je mehr ihre Stimme erheben, desto schneller bewegt sich etwas!

